Protokoll der Eröffnungsveranstaltung des ***Gesprächskreises für eine aktive Neutralitäts- und Außenpolitik***

**Europas Außenpolitik nach der Wahl**

Nach einer kurzen Vorstellung des IIP und des Gesprächskreises sowie des ehemaligen Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im EP Hannes Swoboda als neuen Präsidenten des International Institut for Peace durch Peter Stania und Helmut Kramer steigt Swoboda in seine Ausführungen ein:

**Hannes Swoboda** zeigt sich erfreut, dass außenpolitische Fragen im internen Kreis offen und ehrlich in diesem neuen Forum diskutiert werden sollen und auf so großes Interesse stoßen.

Dir 2 zentralen Funktionen in der EU-Außenpolitik haben Kommissionspräsident und die hohe Beauftragte.

Juncker ist derzeit durch die Luxleaks-Affäre anfangs gehandicapt. Es handelt sich bei dieser Praxis der Steuerbegünstigung von Konzernen allerdings nicht nur um ein Problem Lux. Man lenkt da auf einen Sündenbock ab. Im Gegensatz zur Union haben die USA die Steuerflucht auch als außenpolitisches Problem aufgegriffen und sind gegen einzelne Staaten entsprechend vorgegangen. Jedenfalls ist für Juncker und die Union jetzt das Schließen von Steuerschlupflöchern ein Gebot der Stunde.

Mogherini soll Kommission und Auswärtigen Dienst näher zusammen führen. Bürokratie wehrt sich dagegen. Außendienst funktioniert inzwischen ganz gut. Probleme aus wechselnden Präsidentschaften, Kommissionen haben sich durch die Institutionalisierung nach Lissabon etwas reduziert. Parallelstrukturen bestehen trotzdem nach wie vor. Große Mitgliedstaaten (MS) lassen es sich nicht nehmen, ihr Botschaftsnetz aufrecht zu erhalten.

Einige Außenminister (Steinmeier und Hammond,- Bsp. dt. Initiative zu Bosnien) haben die Lücke in der Übergabe von Ashton zu Mogherini zur Eigenprofilierung genützt.

Die Öffentlichkeitsarbeit der europäischen Außenpolitik ist bisher besonders schlecht gelaufen. Da muss die neue Beauftragte den Auftritt deutlich verbessern. Es muss ein kohärentes Bild zwischen Kommission und Präsidentschaft angestrebt werden. Eine Abstimmung mit 28 nationalen Außenministern erscheint dafür nicht nötig.

**Ukraine und Russland:**

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hat eine reibungslose Erweiterung und Nachbarschaftspolitik der Union ermöglicht. Neuerdings erscheint diese durch Russlands Erstarken etwas behindert. Russland selbst wird von einem oligarchischen Kapitalismus regiert. Es hat kein Interesse einen solchen in seinen benachbarten Einflussgebieten wie Abchasien, Transnistrien oder Südossetien abzubauen. In der Ukraine hat diese Politik ein anderes Gewicht bekommen. Wahrscheinlich ist gegenüber dieser russischen Politik erst nach Jahrzehnten eine Änderung zu erwarten.

EU hat in der **Ukraine** nicht mit den Gegnern Russlands verhandelt, sondern mit seinen Freunden (Janukowitsch, Lazarow oder Glujew). Möglicherweise hat Janukowitsch mit der EU ein Spiel getrieben, um die Angebote Russlands in die Höhe zu treiben.

Die Majdan-Bewegung war gemischt. Es waren schon auch faschistische Kräfte dabei, aber vor allem war es eine Bewegung junger Menschen gegen die Oligarchen, gegen Korruption,- es sollten die inneren Verhältnisse der Ukraine geändert werden. Die Wahl zuletzt hat gezeigt, dass die faschistischen Kräfte nicht so stark sind.

Was war also zu tun: Nichts gegenüber Russland zu tun kam nicht in Frage. Waffenlieferungen oder gar eine Militärintervention kamen nicht in Frage. Daher ergaben sich die Sanktionen als einzige Möglichkeit dem russischen Vorgehen entgegen zu treten. Die USA wollten dabei schärfer vorgehen, als die EU.

Das **Verhältnis zu Russland** ist jetzt zu klären. Mogherini: „Russland ist Teil des Problems und muss daher auch Teil der Lösung sein.“

1. Helsinki 2 (2015 jähren sich Jalta, öst. Staatsvertrag und KSZE) Es geht um ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. NATO-Mitglieder sind von Russland nicht gefährdet. Nichtmitglieder haben die Bedrohung. Daher Mehrheit der UkrainerInnen für NATO-Beitritt. Der ist allerdings nicht möglich. Daher braucht es ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem. In Bezug auf die Krim sollte es nach einigen Jahren in einer Abstimmung unter internationaler Aufsicht zu einer Normalisierung der Verhältnisse und einer Klärung des internationalen Status derselben kommen.
2. Freihandelszone von Lissabon bis Wladiwostok: Die Ukraine kann nicht gleichzeitig eine Handelsunion mit der EU und mit Russland haben. Europa will Handel mit Russland. Daraus kann ein Ausgleich der Interessen im Sinne der guten Nachbarschaft erwachsen.
3. Containment und Angebote gegenüber Russland: Russland strebt Einfluss in Europa an: Selbst an den Balkan an Serbien und Republika Srpska wendet sich Putin. So sollen dort 300 Mitarbeiter von Russia Today eingesetzt werden, um russischen Einfluss geltend zu machen. Das ist innenpolitisch für Serbien äußerst unangenehm. Daher braucht es attraktive Angebote an Balkanstaaten durch die EU. Auch das Gespräch mit Putin ist nötig, um dessen Politik einzudämmen.

**Naher und Mittlerer Osten:**

An den gegenwärtigen unerfreulichen Entwicklungen in der Region sind die USA beispielsweise durch die Intervention im Irak mitschuld. Jetzt geht es um die Herstellung eines regionalen Gleichgewichtes beispielsweise zwischen Saudi-Arabien und Iran. In diesem Lichte ist es bedauerlich, dass die Atomverhandlungen mit dem Iran kein Ergebnis gebracht haben. Europa muss das Gespräch mit allen Ländern des Raumes suchen. Fokussierung bspw. nur auf Saudi-Arabien, wie es die USA machen, hat keinen Sinn. Türkei ist ein Partner für diesen Prozess, insbesondere um die Kurdenfrage zu lösen, wo sich die Türkei bisher nur auf Barzani und Erbil konstruktiv bezogen hat. Dort herrschen autoritäre Strukturen wie in Ungarn oder Russland. Türkei braucht aber auch bessere Beziehungen zu Israel, will es etwas für die Palästinenser erreichen.

Swoboda hofft, dass es zunehmend Anerkennung für den Palästinenserstaat und die Rechte der PalästinenserInnen gibt. Die EP-Fraktion hat mit palästinensischen Politikern und Avraham Burg Gespräche geführt, um Wege zur Stärkung der Rechte der Palästinenser zu finden. Demokratie und die Definition Israels als jüdischer Staat schließen einander zunehmend aus, da es der Realität Israels widerspricht. Landgrabbing auf der Krim wird geahndet, Landgrabbing Israels wird toleriert.

Auch der Iran fordert Europa heraus. Die Entwicklungen in der arabischen Welt sind differenziert zu betrachten. Eine eigene europäische Linie wäre wünschenswert. Französisch-Britische Initiative gegen Libyen war jedoch ein Fehler, ein schlechtes Beispiel.

BRICs-Staaten und Afrika bilden wichtige Herausforderungen für eine stringente Europäische Außenpolitik. TTIP schafft ein zu enges Verhältnis zu den USA.

**Beiträge aus dem Publikum:**
Heidemarie Gürer: Ist Helsinki 2 nicht ein russische Vorschlag und wie ist damit genauer um zu gehen? Auch mit Blick auf die Krim und die Annexion der Ostukraine durch Russland?

Georg Lenkh: Wie kommt der Gesprächskreis zu neuen Themen wie z.B. der Rolle fragiler Staaten oder von Nicht-Staaten (Debatten zu Afrika aber auch Transnistrien usw.) und von neuen Akteuren in der Weltpolitik? Könnte so ein Kreis nicht auch Ausgangspunkt für eine Verbreitung der außenpolitischen Bildung zum Beispiel durch Auftritte und Schulbesuche?

Fritz Edlinger hat im Vortrag eine klarere Herausarbeitung der aggressiven US-Außenpolitik als Hauptursache für alle möglichen Konflikte (Naher und Ferner Osten, Ukraine,…) gefehlt. Europa hat dem Nichts entgegen gestellt. Das führt auch zu Frust über österreichische Außenpolitik und zwar parteiübergreifend. SPÖ hat dem Fehlen einer europäischen oder österreichischen Außenpolitik auch Nichts entgegen gesetzt, hat sich abgemeldet. ÖVP macht mit jungen nichts anderes als mit alten Außenministern. Österreich ist von einer Avantgarderolle ins letzte Drittel oder gar Fünftel in Europa zurück gefallen.

Judit Gebetsroithner: Europa ist nicht in der Lage gemeinsame außenpolitische Interessen zu bestimmen. Das große Problem Europas im Gegensatz zu den USA und Russland besteht darin, dass es nicht weiß, was es will. Union will Global Player sein schafft es aber nicht. Dadurch fallen einige dann in die US-Hörigkeit. Andere geraten zwischen die Fronten und geben sich mit Kleinigkeiten zufrieden. Ukraine als Horizont greift zu kurz. Ohne Russland lässt sich heute kein Weltkonflikt lösen. Verweis auf die Position Russlands im Sicherheitsrat.

Erwin Bader weist auf die unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturen in der Ukraine hin, insb. den russischsprachigen Teil. Später noch auf die ersten Wehrdienstverweigerer aus der Ukraine.

**Hannes Swoboda:**

Alles auf die USA zu schieben ist ein Fehler. Logischerweise verfolgen die USA ihre Interessen und instrumentalisieren Europa; Aber Europa lässt sich instrumentalisieren und das ist der entscheidende Punkt.

Europa versucht die Außenpolitik mehrerer Staaten zusammen zu führen. Balten haben eine andere außen- und sicherheitspolitische Haltung als Österreich. Russen waren dort Besatzungsmacht. Die Frage ist: Wie kommt Europa zu einer eigenständigen Außenpolitik? Wie kann man die gesellschaftspolitische Ebene mit der realpolitischen zusammenführen? Russische Politik gefährdet dieses Bestreben und könnte uns in die Hände der USA treiben. Ukraine hat verschiedene Interessen. Die WTO-Forderungen waren da nicht hilfreich. Der Traum von Europa ist ein Traum von Freiheit und Demokratie. Es bedarf einer Politik der kleinen Schritte.

Ob Russland Helsinki 2 will, wisse er nicht. Gesamteuropäisches Sicherheitssystem wäre eine Herausforderung für alle. Dafür müssen starre Fronten aufgelöst werden. Die Krimannexion wird über kurz oder lang zu akzeptieren sein. Auch Jalta hat Verhältnisse hingenommen. Helsinki 2 soll kein eigener Block werden.

**Weitere Wortmeldungen**

Helmut Kramer: Welche Erwartungen bestehen in die Erweiterung des EAD?

Steyrer: Wie kann Juncker nach Luxleaks nun mit dem angekündigten Investitionspakt wirtschaftlich durchstarten, wo die Bedingungen dafür – bspw. die Abrufbarkeit von Mitteln für Krisenstaaten - mehr als unklar sind?

Othmar Höll: Gemeinsame Außenpolitik der EU war zu ambitioniert. Erwartungen wurden dadurch weltweit in die Höhe geschraubt. Es kommt aber nichts. Eher droht eine Rückwärtsentwicklung bis hin zum Austritt UKs. EU ist in den Kategorien des 19./20.Jahrhunderts verhaftet und reagiert nicht auf die tiefgreifenden Veränderungen heute, in denen alle Rückkoppelungen immer schwieriger werden.

Thomas Nowotny: Die außenpolitische spiegelt eine innen- und eine wirtschaftspolitische Schwäche Europas wieder. Diese äußert sich in hoher Arbeitslosigkeit, Beschäftigungskrise… Wer die Probleme in der Union nicht lösen kann, kann außenpolitisch nicht wirksam werden. Der Aufstieg Orbans oder Erdogans wäre ohne die wirtschaftlichen Probleme nicht möglich gewesen.

Johann Pucher: Mogherini soll bis 2015 darlegen wie sich die Lage seit 2003 verändert hat und die ESS neu aufstellen. Wird Österreich vorne dabei sein und kann es diese Herausforderungen daraus überhaupt erfüllen? Ist Helsinki 2 als 2. Prozess und 2. Aufgabe für Österreich neben der ESS überhaupt denkbar? USA werden auch da massiv mitbestimmen wollen, - OSZE-Format. Bedeutungsvoll werden insbesondere zwei Themen sein: Einerseits ein Update der Sicherheitsstrategie und gleichzeitig ein Helsinki-Prozess, wo auch andere Staaten mitmischen werden, da er im Rahmen der OSZE stattfindet.

Wolfgang Koch: EU ist nicht Europa. Solange so formuliert wird, bleibt alles provinziell.

Patrick Müller: Aktiv in der EU oder darüber hinaus. Beispiel Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser.

**Hannes Swoboda:**

Europäische Außenpolitik wo jeder tut was er will, geht nicht. Wenn wir keine gemeinsame Position finden, sind Einzelgänge auch legitim. Evt. auch in Allianzen mit anderen. Österreich sollte da dem Beispiel Schwedens folgen. Investitionspaket ist im Prinzip richtig, da Investitionen abgesunken sind. MS müssten sich beteiligen. Wenn die Kredite in den Stabilitätspakt bzw. in die Defizitrechnung hineingenommen bleiben, bleibt das Paket eine Chimäre. Man muss es sich im Detail ansehen, wenn es vorliegt. Die EU lässt den MS jenen Spielraum offen, der nicht gegen EU-Prinzipien verstößt. Dieser sollte auch genutzt werden. Bsp. Anerkennung Palästinas: Widerspricht nicht EU-Recht; weshalb erkennt Österreich Palästina nicht an? Es geht in diesem Fall vor allem um Grund- und Menschenrechte. Das wäre ein klares Bekenntnis dazu.

Mogherini fehlen für den EAD die großen Persönlichkeiten aus den großen Ländern. Europäische Außenpolitik ist nicht ganz so rückwärtsgewandt wie hier vermutet. Unterstützung zu geben und eine Linie zu entwickeln dauert aber lange. Veränderungen werden nicht ausreichend reflektiert. Die Welt ist nicht nur multipolar, es gibt auch andere neue Akteure, Bsp. terroristische Kräfte. Das wird in der ESS sicher eine Rolle spielen. Verteidigungsministerium in Wien ist für diesen Prozess gut aufgestellt, ob das Außenamt das auch ist, wisse er nicht. ESS ohne klares Verhältnis zu Russland unmöglich. Daher ist die Aufgabe dafür: Sicherheitsstrategischer Dialog mit Russland und parallel rasch in die OSZE-Reform einsteigen.

Selbstbestimmungsrecht: da ist die Frage für wen und wo endet das. Terminologie per se ist schwierig. Für die Katalanen in Spanien gut, aber für die Spanier in Katalonien? Im Sonderfall durch eine international überwachte Abstimmung, als generelle Regel aber nicht. Das wäre irgendwann einmal auch eine Möglichkeit für die „nachträgliche Legitimierung“ der Krim-Annexion: Abstimmung unter internationaler Beobachtung, das wäre für Ukraine und Russland. Die Frage stellt sich, ob die Ukraine das zulassen wird; Russland wird wahrscheinlich dadurch nur gewinnen.

Nationale Vorstellungen sind auch in der europäischen Außenpolitik zulässig und nötig. Mangel bei der SPÖ ist tatsächlich gegeben.

Autoritarismus ist nicht unbedingt Ausdruck der Krise. Orban eher nicht aus einer Krise heraus gewählt, Erdogan schon gar nicht. Die Türkei hat die schönsten Wachstumsraten.

Fukuyamas Ende der Geschichte ist nicht eingetroffen. Weltpolitik haben früher USA und UdSSR ausschließlich gemacht. Europa kam erst vor 25 Jahren auf dieser Bühne neu dazu. Akteure jenseits der Pole sind das Problem. Sudan wurde zwischen China und Saudi-Arabien aufgeteilt. China hat bspw. keine zersplitterte Nachbarschaft wie Europa. Europa hat viel verletzbarere Grenzen. Konflikte in der Nachbarschaft und Migration. Konflikte entstehen auch immer neu. Das sollte bei der Beurteilung des europäischen Auftrittes in der Welt berücksichtigt werden. Sonst kommen wir zu einer zu pessimistischen Beurteilung der europäischen Außenpolitik. Momentan stimmt freilich: Die Blockaden sind größer als die Chancen.

Prinzipiell ist noch festzuhalten, dass auch Migrationspolitik ein wesentlicher Punkt der Außenpolitik ist.

Mitschrift: Stephanie Fenkart/Peter Steyrer